

**Bericht und Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit****Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die
19. Legislaturperiode****I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) überwies in ihrer Sitzung am 23. Januar 2019 die Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018, „Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode“ (Drs. 19/1975), an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit zur Beratung und Berichterstattung.

Die EU-Strategie stellt die Eckpunkte der Europapolitik der Freien Hansestadt Bremen dar, beschreibt Maßnahmen zur Umsetzung dieser Politik und benennt die wesentlichen Handlungsfelder für die 19. Legislaturperiode: Integratives Wachstum, intelligentes Wachstum und nachhaltiges Wachstum. Der nun vorliegende Umsetzungsbericht enthält keine vollständige und abschließende Darstellung der europapolitischen Aktivitäten der Ressorts, sondern konzentriert sich auf besonders relevante Vorhaben aus den Zuständigkeitsbereichen der jeweiligen Ressorts.

Diese Zusammenstellung gibt einen Überblick über das breite Spektrum der bremischen Europapolitik, aus der hervorgeht, dass das Land Bremen in einer großen Zahl unterschiedlicher Themenbereiche eine aktive Europapolitik verfolgt und seine Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten aktiv und konstruktiv wahrnimmt.

Der Ausschuss hat sich im Laufe der Legislaturperiode regelmäßig von der Bevollmächtigten und einzelnen Ressorts über bestimmte Themenbereiche der EU-Strategie unterrichten lassen. Den Bericht zur Umsetzung der EU-Strategie hat der Ausschuss abschließend in seiner Sitzung am 12. März 2019 beraten.

Die im Ausschuss vertretenen Fraktionen würdigen die in den einzelnen Handlungsfeldern durchgeführten Projekte und Aktionen und das damit verbundene Engagement der beteiligten Ressorts und Institutionen. Sie betonen, dass es in Bremen in besonderer Weise gelungen ist, eine umfassende Infrastruktur für die Versorgung der bremischen Bevölkerung mit EU-Informationen zu schaffen, die Voraussetzung für einen fundierten Meinungsbildungsprozess im europapolitischen Bereich ist.

Die Fraktion der SPD begrüßt den Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen, der anschaulich aufzeigt, wie sich Bremen in der laufenden Legislaturperiode auf Grundlage dieser Strategie aktiv in den Prozess zur Gestaltung Europas eingebracht hat. Bremen bringt die Europäische Union und ihre Arbeit den Bürgerinnen und Bürgern im Land auf verschiedensten Ebenen näher und versucht, europapolitisches Handeln noch fester in der Arbeit der Verwaltung zu verankern.

Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang aus Sicht der Fraktion der SPD die Maßnahmen zur Stärkung der allgemeinen und europabezogenen politischen Bildung, in deren Rahmen unter anderem vielfältige Fortbildungen am Landesinstitut für Schule (LIS) angeboten wurden, die gelebte europaweite und interregionale Vernetzung Bremens sowie die unterschiedlichen Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs zur Hochschulbildung, darunter das von der EU-Kommission ausgezeichnete Projekt „In Touch“.

Angesichts der großen europapolitischen und globalen Herausforderungen – vom Erstarken rechtspopulistischer Parteien, über den Brexit, bis zum Klimawandel – muss die Antwort „mehr Europa“ lauten. Vor diesem Hintergrund ist die EU-Strategie die Voraussetzung für eine wirksame Vertretung bremischer Interessen in Brüssel.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hebt hervor, dass der Querschnittscharakter der EU-Strategie sich sehr bewährt habe. So sei es gelungen, regelmäßig alle Politikfelder unter Berücksichtigung EU-spezifischer Fragestellungen zu beleuchten. Angesichts der großen Herausforderungen, die auch in den Schwerpunktsetzungen deutlich geworden sind, sei diese Herangehensweise von hoher Bedeutung. Die Fraktion begrüßt das außerordentlich hohe Engagement, um europäische Fragestellungen in der bremischen Öffentlichkeit zu verankern, Debatten zu initiieren und Vorurteile abzubauen. Die Einbeziehung der bremischen Bildungseinrichtungen gelingt immer wieder in eindrucksvoller Weise und zeugt von einer guten Vernetzung der europapolitischen Akteure in Bremen und Bremerhaven.

Die EU-Strategie des Landes Bremen ist nach Auffassung der CDU-Fraktion ein wichtiger Ausdruck unseres Anspruches, ein gestaltender Bestandteil des europäischen Einigungsprozesses zu sein. Die Ergebnisse dieses Prozesses sind eine der herausragenden politischen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte. Um als Europa im globalen Maßstab handlungsfähig zu bleiben, bedarf es der strategischen Weiterentwicklung dieses Prozesses. Hierbei sind die Gemeinsamkeiten unter anderem zu den Bereichen Zuwanderung, Sicherheit, wirtschaftliche, soziale und finanzpolitische Entwicklung wichtig, aber auch eine überzeugende Entwicklung der europäischen Institutionen selbst: Damit ‚Europa‘ schneller und solidarischer als bisher den bestehenden Herausforderungen gerecht werden kann. Darüber hinaus wollen wir die europäische Staatengemeinschaft für die Bürger noch direkter erfahrbar machen: Beteiligung an der europäischen Meinungsbildung wollen wir transparenter und direkter gestalten, ebenso wie die Zusammenführung der Menschen und die gemeinschaftliche Unterstützung von Bildung, insbesondere junger Menschen. Mit Projekten und Aktivitäten wie zum Beispiel durch ‚Erasmus‘ sind hierbei wichtige und sichtbare Fortschritte erzielt worden. Wir wollen diese nicht nur vor Ort nutzbar machen, sondern eine aktive Rolle bei ihrer Weiterentwicklung spielen. Damit die Europäische Union, das Land Bremen und die Stadtgemeinden gut miteinander kooperieren ist die Befähigung der Beschäftigten in der Verwaltung eine zentrale Voraussetzung. Die CDU-Fraktion begrüßt es daher, dass der Bereich der Europafähigkeit im Umsetzungsbericht einen Schwerpunkt bildet und in den kommenden Jahren verstetigt werden soll.

Die Fraktion der FDP begrüßt es, dass die Freie Hansestadt Bremen ihre Möglichkeiten auf europapolitische Entscheidungen Einfluss zu nehmen, engagiert nutzt. Die Handlungsfelder nachhaltiges, integratives und intelligentes Wachstum sind gut gesetzt.

Gerade vor den Europawahlen fällt der Blick besonders stark darauf, dass viele Menschen Europa immer noch skeptisch gegenüberstehen, obwohl es aus Sicht der Freien Demokraten keine Alternative dazu gibt. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Frieden, Menschenrechte, Freiheit sind nur einige

Stichpunkte, die den globalen Wert von Europa beschreiben. Die Skeptiker haben viele Botschaften: Europa regiert in unsere landeseigenen Themenfelder hinein. Europa funktioniert nicht, denn es findet für die großen Fragen keine gemeinsamen Lösungen. Die EU spaltet Europa. Wir verlieren die Kontrolle über unsere Belange. Wir sind die Zahlmeister der Nation. Europa schafft eine unnötige und überbordende Bürokratie.

Deswegen ist es von besonderer Bedeutung, dass die positive Bedeutsamkeit von Europa auch „vermittelt“ und Bremer Bürgerinnen und Bürgern transparent dargestellt wird. Die Europawoche und der Europapunkt als Institution sind dafür starke Anker. Nach Meinung der FDP sollte darüber hinaus an zwei Punkten mehr geschehen:

1. Die starke Fokussierung im Feld nachhaltiges Wachstum auf die Bereiche Umweltschutz und nachhaltige Mobilität ist im Sinne der Breite der SDG- Ziele auszuweiten, um eine Engführung oder den Eindruck einer einseitigen Engführung zu vermeiden.
2. Außerdem kann nach Meinung der FDP-Fraktion der Europaskepsis stärker ein positives Europaimage entgegengestellt werden, indem transparent gemacht wird, was vor Ort durch Zusammenarbeit und durch europäische Unterstützung realisiert werden kann. Dazu gehört, dass wir an der Spitze von Technologie und Wirtschaft mitwirken können, zum Beispiel durch Mittel und Netzwerke im Kontext der Luft- und Raumfahrt und der Meerestechnologie. Oder auch, was für manche Personenkreise vielleicht anfassbarer und erlebbarer wird, Erasmusprojekte oder unsere Familienquartiere als Errungenschaften darzustellen, die es ohne eine EU-Politik so nicht gäbe. All diese Dinge in skeptischen Köpfen in einen assoziativen Zusammenhang mit dem theoretischen „Brüssel-Europa“ zu bringen, könnte die Europaskepsis auf lokaler Ebene verringern. Hier sehen wir weiteren Handlungsspielraum für den Senat.

II. Beschlussempfehlung

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) einstimmig:

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit zur Kenntnis.

Dr. Henrike Müller

Vorsitzende